

**SOMMER-
EMPfang**
der LINKEN. Lichtenberg
21. Juni 2013, 15 – 18 Uhr,
Theater an der Parkaue



Bewundert, beklatscht und reichlich mit Blumen bedacht: Christina Emmrich.

Foto: Uwe Völkner

Chefin im Ruhestand

Am 31. Mai 2013 endete in Lichtenberg eine Ära: Christina Emmrich ist nicht mehr Mitglied des Bezirksamtes. Ära klingt pathetisch, Christina selbst wird es für Quatsch halten – aber ich glaube, wenn in Berlin über prägende Bezirksbürgermeisterinnen oder -meister oder Stadträte geredet wird, muss der Name Emmrich genannt werden.

Fast zehn Jahre hat Christina Emmrich als Bürgermeisterin Lichtenberg Gesicht und Stimme gegeben. Dass es eine sächsische Stimme war, konnte man nicht überhören. Wer dachte, das wäre was zum Lächeln, wurde durch Präsenz und Kompetenz über die Ernsthaftigkeit ihrer Ansagen belehrt. Sie hat dabei Menschen mitgenommen, denen „der Westen“ nach 1989 schwer fiel, weil sie überzeugte demokratische Sozialistin ist, die weiß, warum uns der Laden 1989 um die Ohren geflogen ist und warum wir hier und heute für ein besseres Leben kämpfen.

Dass Lichtenberg weltweit für seinen Bürgerhaushalt berühmt ist, weiß nun schon jede und jeder. Dass Lichtenberg aber in den zehn Jahren ihrer Amtszeit vor allem das meist von außen aufgedrückte, aber auch festgefügte Image eines Schmuttelkindes verloren hat, ist vor allem ihr Verdienst.

Sie hat die Imageträger an den Tisch geholt, Konzepte verlangt, gemacht und umgesetzt, hat Hochkultur und Kiezfestе organisiert, Investoren von der Kompetenz und Flexibilität ihrer Verwaltung überzeugt, Grundsteine gelegt, Richtkronen aufgezogen, Schulen, Kitas, Bürgerämter, Sportplätze, aber auch Hotels, Kneipen und Produktionsbetriebe eröffnet, hat Benachteiligten geholfen, Stiftungen begleitet, Stiftungen gegründet, erworben und verändert. Sie hat mit allen geredet und gearbeitet, die etwas für Lichtenberg und seine Menschen tun wollten.

Sie hat gespart und Geld gehabt, wenn es nötig war. Sie hat sich mit jedem Senat gestritten, wenn es ums „Dorf“ ging. Hat Politik gefordert und gemacht.

Sie hat Nazi-Demos gestoppt und sich mutig für Menschen jeder Herkunft eingesetzt.

Sie hält uns, da können wir sicher sein, weiterhin am Laufen. Denn Faulheit im Denken und Handeln ist ihr ein Gräuel. „Quatschtüten“ hatten es mit ihr schwer, „Ankündiger“ vor allem. Daran wird sich nichts ändern. *Andreas Prüfer, Stadtrat, DIE LINKE. Lichtenberg*

Geschändetes Gedenken

Das Deutsch-Russische Museum ist der geschichtsträchtigste Ort in Lichtenberg und einer der wichtigsten Orte der europäischen Geschichte. Dort unterzeichnete in der Nacht zum 9. Mai 1945 der Chef des Oberkommandos der Wehrmacht, Wilhelm Keitel, die bedingungslose Kapitulation Nazi-Deutschlands.

Jedes Jahr am 8. Mai feiern wir das Ende des Nazi-Regimes mit einem Toast auf den Frieden. „Sa mir“ klingen die Gläser im Deutsch-Russischen-Museum um 22 Uhr. Auch in diesem Jahr ehrten wir in russischer Manier mit Wodka und Musik die Befreier.

Doch diesmal wurde das fröhliche Gedenken von einem Aufmarsch der NPD überschattet: 28 Nazis marschierten auf und beleidigten damit nicht nur die Millionen Opfer des deutschen Faschismus. Viele angereiste Zeitzeuginnen und Zeitzeugen, Veteranen oder Gäste aus Israel reagierten entsetzt.

Schnell wurde eine Gegendemonstration organisiert, bei der DIE LINKE, der Bürgerverein Karlshorst und viele Besucherinnen und Besucher mitmachten. Und so rückten die Nazis nach einiger Zeit wieder ab. Einer war bei der Gegendemo jedoch nicht dabei: Bezirksbürgermeister Andreas Geisel (SPD). Er wollte sich seine Termine nicht von Nazis durcheinander wirbeln lassen.

Wenn das Versammlungsgesetz die Nazis nicht stoppen kann, dann muss dies unser zivilgesellschaftliches Engagement tun.

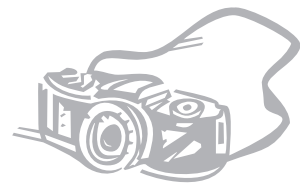
Evrin Sommer, Bezirksvorsitzende der LINKEN. Lichtenberg



Fiesta de Solidaridad

27. Juli, ab 14 Uhr, Parkaue Lichtenberg

www.cuba-si.org



Salsa im Regen

Regnet's oder regnet's nicht? Das war hier die Frage! Die Besucher beim Fest der Linken am ersten Juniwochenende auf dem Rosa-Luxemburg-Platz ließen sich vom schlechten Wetter die Laune trotzdem nicht verderben. Das vollgepackte Programm mit Musik, Film, Lesungen und Talkrunden machte einem die Entscheidung mitunter nicht leicht, vor welcher Bühne man sich niederlassen sollte. Gegen Kälte und Regen halfen die Salsa-Rhythmen der Band „Copacabana de Cuba“, eine leckere Paella am Stand der Izquierda Unida, der eine oder andere Cocktail im „Internationalen Dorf“ und die vielen Begegnungen mit Gleichgesinnten.

Text und Fotos: Jörg Rückmann



KOMMENTIERT

Klischees überwinden

In Lichtenberg sind überall neue und teure Siedlungen entstanden, in denen das Schwäbische und Bayerische dominiert. Zugleich gibt es „in der Platte“ noch bezahlbaren Wohnraum. So kommt es neben den gewollten auch zu vielen erzwungenen Zuzügen. Letzteren ging sehr oft die soziale Vertreibung aus dem vertrauten Umfeld voraus.

Im Ostseeviertel in Neuhohenschönhausen bleiben laut Statistik nur noch 50 Prozent fünf Jahre und länger wohnen. Weniger als ein Drittel Neuzuzüge in den letzten fünf Jahren gibt es in unserem Bezirk nur in den Dörfern oder in den Eigentums-Kleinsiedlungen.

Das ist von wahlpolitischer Brisanz, weil nämlich 30 bis 50 Prozent derer, die uns das hervorragende Wahlergebnis von 2009 bescherten, nicht mehr hier wohnen.

Die hierher wollten, sind zwar häufig politisch interessiert, aber sie bringen oft ein ziemlich stabiles Wahlverhalten mit – das eher dem bundesdeutschen Durchschnitt entspricht, also für DIE LINKE um die zehn und nicht wie 2009 um die 40 Prozent.

Die hierher mussten, haben hingegen häufig von Politik und von Politikern die Nase voll. Durch deren Entscheidungen wurden sie ja vertrieben. Oft wählen diese Menschen gar nicht mehr.

Beiden Gruppen ist jedoch gemeinsam, dass sie uns oft nicht kennen bzw. lediglich die über DIE LINKE verbreiteten Klischees. Und häufig handeln wir so, dass es dabei bleiben muss. Indem wir selbst Klischees über die „Neubürger“ aufsitzen bzw. vorauseilend auf Kontakte mit ihnen verzichten.

Wir sollten ihnen aber die Chance geben, uns, unsere Positionen und unsere Alternativen kennen zu lernen. Wir sollten auf die Zugezogenen zugehen, sie einbeziehen, sie befragen, wie sie sich eingelebt haben und ob sie nicht hier und da mitmachen wollen, und damit verdeutlichen, dass vieles, was wir wollen, auch für sie gut wäre. Überall – unter Nachbarn, im Verein, im Kiezaktiv ... Und das nicht nur vor den Wahlen. Eben Partei für den Alltag sein. Des Alltags von allen.

Peter-Rudolf Zolt

Ein Botschafter der Partei

Wo auch immer die Lichtenberger LINKE in der Stadt präsent ist, Uli Kraaz findet man häufig mittendrin. Ob bei Demonstrationen im Zentrum der Hauptstadt oder am Jahrestag der Befreiung Deutschlands vom Hitlerfaschismus vor den Toren des Deutsch-Russischen Museums in Karlshorst.

Das jüngste Auftreten der NPD an diesem Ort findet auch er „unerträglich und einen erneuten Hinweis darauf, dass diese Partei endlich verboten werden muss“. Immerhin, so Ulrich Kraaz, „folgen die demokratischen Parteien in der BVV inzwischen den Forderungen der LINKEN, das Museum als besonders schützenswerten Ort zu deklarieren.“

Fleißig und kompetent

Das ist eines der besonderen Kennzeichen von Ulrich Kraaz: Wo auch immer er dabei ist, bringt er eine persönliche Botschaft mit. Der Geschäftsführer der Lichtenberger LINKEN, Wolfgang Schmidt, hebt neben dem außergewöhnlichen Fleiß, mit dem Ulrich Kraaz alle Informationsblätter verteilt, besonders dessen Fähigkeit hervor, die „damit verbundenen Inhalte auch an die Frau und den Mann zu bringen“.

Im Schlusspurt der Unterschriftensammlung für das Volksbegehrens „Neue Energie für Berlin“ traf man ihn so an Haus- und Wohnungstüren am Mühlentempel in Friedrichsfelde-Ost als einen Mann, der das gelegentlich im Juristendeutsch Verfasste durchaus verständlich übersetzte.

„Besonders schwer“, sagt Ulrich Kraaz, „war das Sammeln auch dort, wo die Menschen von der Politik des neuen Bezirksamtes enttäuscht sind, z. B. in der Umgebung der ehemaligen REWE-Kaufhalle im Gensinger Viertel. Ich denke, wir dürfen nicht nachlassen, den direkten und offenen Kontakt zu den Bürgern immer wieder neu zu suchen. Wir haben nach wie vor viel zu bieten: nicht zuletzt unsere bundespolitischen Alleinstellungsmerkmale als konsequent antifaschistische, sozialistische Friedens- und Gerechtigkeitspartei einerseits und andererseits die in den vergangenen Jahrzehnten im Bezirk erworbene kommunalpolitische Gestaltungskompetenz.“

Als Mitglied des Bezirksvorstandes der LINKEN von 2009 bis 2012 steht Ulrich Kraaz besonders für die Umsetzung eines Beschlusses, in dem unter anderem verlangt wird, dass „DIE LINKE sich stärker als Urhe-

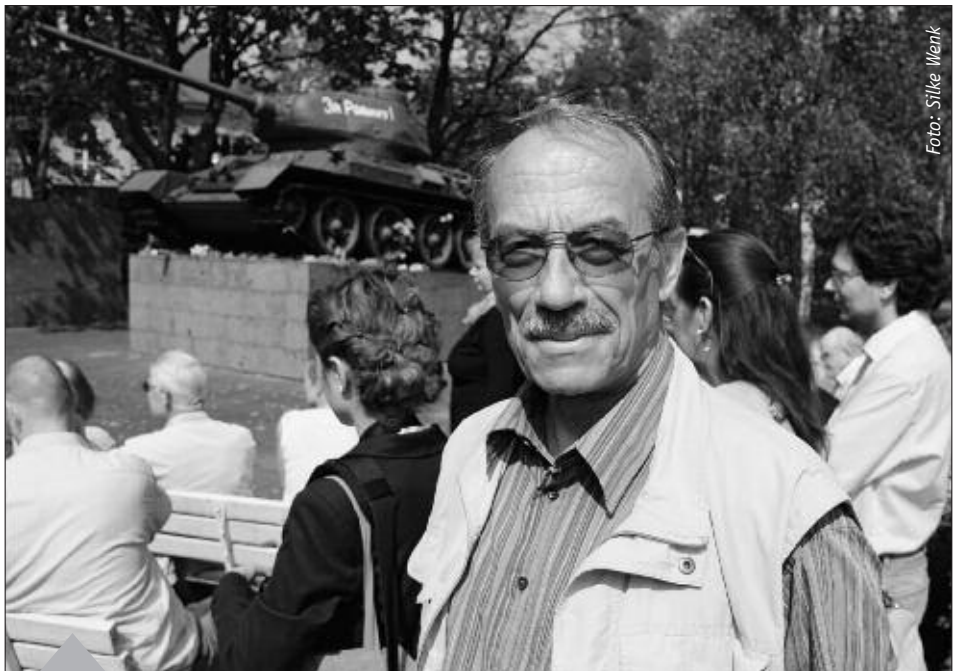


Foto: Silke Wenk

Man trifft ihn fast überall: Ulrich Kraaz ist einer der Männer, die unverdrossen die Info-Blätter der LINKEN verteilen und gleichzeitig hellwach die Läufe der Zeit kritisch begleiten.

ber für Fortschritt definiert und den unter ihrer Führung erzielten Fortschritt verteidigt“. Dafür kritisiert er auch schon mal intern diesen oder jenen Genossen, was seiner Glaubwürdigkeit keineswegs abträglich war und ist.

Kenntnisreich

Die Mitglieder des inzwischen aufgelösten Kiezbeirates Gensinger Straße, so dessen ehemaliger Sprecher und langjähriger Bezirksverordneter der LINKEN, Helmut Hahn, schätzten Kraaz' Einsatz im Wohngebiet, seine sachliche, konstruktive Art und seine konzeptionellen Fähigkeiten: „Der Mann weiß, wovon er spricht.“

Und das nicht nur aus eigenen kommunalpolitischen Aktivitäten und Erfahrungen. Der am Hahn-Meitner-Institut der Freien Universität für Kernforschung diplomierte Physiker ist auch politischer Analytiker. Als er 1994 den Westteil der Stadt verließ, „um bewusst Ossi zu werden“, brachte er auch manches Wissen über die „unsoziale Substanz von SPD-Politik“ mit. Spätestens seit 2004 weiß er aus eigener Erfahrung mit seiner Firma, „wozu die Banken fähig sind“. So vermag er, Mechanismen der europäischen Krise klar zu benennen und zieht aus deren aktueller Entwicklung Überzeugungen

für den Erhalt sowie die Wiederherstellung öffentlichen Eigentums. Dies ist an jedem Infostand sowie auf Straßen und Plätzen – egal, wo man ihm begegnet – zu erleben.

Die Gäste des Sommerfestes der Lichtenberger LINKEN am 21. Juni in der Parkaue werden das sicher ebenso spüren, wie die Eltern jener Kinder, die beim Kita-Fest im Gensinger Viertel am 19. Juni mit ihm ins Gespräch kommen. *Joachim Pampel*

Helfer/-innen für den Wahlkampf gesucht

Wahlkampf bedeutet eine Menge Arbeit: Stände betreuen, Plakate kleben, Material verteilen, Texte, Fotos und Websites machen ...

Wer spendet uns dafür ein paar Stunden seiner Freizeit oder auch die eine oder andere Münze? Bitte helft mit, damit DIE LINKE wieder mit einer starken Fraktion in den Bundestag einzieht!

DIE LINKE.

Info-Telefon: 512 20 47

Spendenkonto: DIE LINKE. LV Berlin, Kontonummer: 525 607 803, Berliner Bank, BLZ: 100 708 48, Verwendungszweck: Name, Vorname-811-503



Bersarin-Gedenkstein

Am 16. Juni 1945 verunglückte der erste sowjetische Stadtkommandant, Nikolai E. Bersarin, bei einem Motorradunfall an der heutigen Kreuzung Alfred-Kowalke-Straße/Am Tierpark. Vor sieben Jahren pflanzten wir an dieser Stelle die sogenannte Bersarin-Birke, aber leider wissen viele nicht, was es mit dieser Birke auf sich hat.



Foto: Timofej Melnik

Nikolai E. Bersarin, Mai 1945

Das wollen wir ändern. An seinem Todestag, dem 16. Juni, um 19 Uhr, wollen wir einen Gedenkstein an der Birke aufstellen. Zur Einweihung des Steins sind alle herzlich eingeladen! Über Spenden zur Finanzierung des Gedenksteins freuen wir uns sehr.

Bersarin war nur 54 Tage im Amt und hat in kurzer Zeit Unglaubliches für die Menschen in der Stadt geleistet. Er sicherte ihnen das Überleben, indem er als erstes Lebensmittelhilfen in den Außenbezirken der

Stadt organisierte, während in der Innenstadt noch erbittert gekämpft wurde.

Die Ehrenbürgerschaft der Stadt Berlin wurde ihm 1992 aberkannt, doch 2003 wurde sie ihm auf Initiative der damaligen PDS hin erneut zuerkannt. *Norman Wolf*

● **Spendenkonto:** DIE LINKE. LV Berlin, Kontonummer: 525 607 803, Berliner Bank, BLZ: 100 708 48, Verwendungszweck: Name, Vorname-811-503

Große Ziele, kleine Lügen

Die Bezirksverordnetenversammlung am 16. Mai 2013 endete, wie sie begann. Mit vielen wertschätzenden Worten für Christina Emmrich, die langjährige Bürgermeisterin und jetzige Bezirksstadträtin für Jugend und Gesundheit. Anlass war ihr Abschied in den Ruhestand. Am Anfang sprach der Bürgermeister, Andreas Geisel, zum Schluss der Vorsteher der BVV, Rainer Bosse.

Zwischen diesen Würdigungen lagen Diskussionen, die zum Teil sehr kontrovers waren. Gegen alle Widerstände machte die aus SPD, CDU und Grünen bestehende Zählgemeinschaft den Weg frei für den Wegfall von mehr als 300 Stellen in der Lichtenberger Verwaltung. Wie sehr diese Gemeinschaft in unverbrüchlicher Vasallentreue zueinander hält, belegt die Tatsache, dass Bündnis 90/Die Grünen im Bezirk dem Personalabbau zugestimmt, die Mitglieder der Grünen im Berliner Abgeordnetenhaus ihn aber abgelehnt haben. Auch bei der Abstimmung zum

Abschlussbericht des Zeitweiligen Ausschusses Kulturhaus Karlshorst setzte die Zählgemeinschaft – gestützt auf Fraktionsdisziplin und Stimmenmehrheit – ihre Vorstellungen durch. Bei der Bewertung der Vorgänge um den Neubau des Kulturhauses störten auch falsche Informationen nicht. So behauptete zum Beispiel der Fraktionsvorsitzende der SPD, Erik Gührs, die scharf kritisierte Nutzungsbeschränkung der ersten Etage im Kulturhaus auf nur 199 Personen sei 2010 durch die damalige Kulturstadträtin der LINKEN festgelegt worden. In Wahrheit zuständig war jedoch der Baustadtrat, der die Kapazitätsgrenze festgeschrieben hatte. Er ist heute nicht mehr Stadtrat, sondern Bezirksbürgermeister. Und seine Partei ist die SPD.

Einig waren sich aber alle Fraktionen in dem Bestreben, das Deutsch-Russische Museum in Karlshorst zukünftig als Gedenkstätte vor Nazidemonstrationen zu schützen. Alljährlich findet dort am 8. Mai ein Fest zur Erinnerung an das Ende des Zweiten Weltkriegs in Europa statt. Gestört wurde die Veranstaltung durch eine angemeldete und genehmigte NPD-Kundgebung vor dem historischen Ort.

Sowohl DIE LINKE als auch die SPD brachten in der BVV den Vorschlag ein, das Deutsch-Russische Museum als besonders schützenswerten Ort in das Gedenkstätten-schutzgesetz aufzunehmen, um die Genehmigung solch empörender Provokationen zukünftig verhindern zu können. Hinter diesem Antrag haben sich alle Fraktionen versammelt, ihn gemeinsam eingereicht und einstimmig beschlossen. *Tanja Behrend*

+ kurz gemeldet +++ kurz gemeldet +++ kurz gemeldet +++ kurz gemeldet +

Nachfolgerin nominiert

Für die Nachfolge der aus dem Amt geschiedenen Christina Emmrich hat der Bezirksvorstand der LINKEN Dr. Sandra Obermeyer als Kandidatin für das Amt der Stadträtin für Jugend und Gesundheit nominiert.

Mehr Fahrradständer

„Mehr Fahrradständer wird es vielleicht bald auf dem Anton-Saefkow-Platz geben“, sagt Norman Wolf, Sprecher für Öffentliche Ordnung und Verkehr der BVV-Linksfraktion. Bezirksamt und die Eigentümer der dortigen Geschäfte kümmern sich jetzt gemeinsam.

Website für Kids und Teens

Seit dem 1. Juni ist die neue Internetseite für Lichtenberger Kinder und Jugendliche im Netz. Unter www.kjb-lichtenberg.de können sich Kids und Teens, deren Eltern und alle Interessierten über geplante Projekte in Lichtenberg informieren, bei denen es um Mitbestimmung und Beteiligung geht.

Die Seite wurde in Zusammenarbeit mit Leg Los! – der Anlaufstelle für Jugendmedienarbeit des Media To Be e.V., den Kindern und Jugendlichen der Jugendfreizeiteinrichtung Leo's Hütte und der Koordinatorin für Kinder- und Jugendbeteiligung des Bezirksamtes, Manuela Elsaßer, erarbeitet. manuela.elsasser@lichtenberg.berlin.de

Soziale Stadtentwicklung

Kleingarten- und Erholungsanlagen dürfen dem Wohnungsbau nicht zum Opfer fallen. Das verlangen Katrin Lompscher und Marion Platta (MdA, DIE LINKE). Der Senat soll den Kleingartenentwicklungsplan neu aufstellen und einen sozialen Stadtentwicklungsplan vorlegen.

Stadtrat aktiv

Auf Initiative des Bezirksstadtrates Dr. Andreas Prüfer (DIE LINKE), hat das Bezirksamt mehrere Beschlüsse für die Verkehrssicherheit in der Konrad-Wolf-Straße gefasst, durch die hier das Unfallrisiko gemindert werden soll.

Letzter Akt: Personalabbau

Die Linksfraktion in der Bezirksverordnetenversammlung Berlin-Lichtenberg hat das Wahlprogramm nach dem Wahltag nie zu den Akten gelegt. Es blieb uns immer Verpflichtung, das umzusetzen wofür uns die Wählerinnen und Wähler ihre Stimme gegeben hatten. Auch in Zeiten einer geringeren Finanzierung durch das Land Berlin haben wir mit dem Ausbau der Angebote der Musikschule oder der besonderen Förderung finanziell schwacher Kieze Schwerpunkte sozialer Gerechtigkeit gesetzt. Uns war und ist es wichtig, dass alle Bürgerinnen und Bürger für ihre Steuern auch eine gute Infrastruktur und eine funktionierende, bürgerorientierte Verwaltung erwarten können.

Umso bitterer ist es, wenn andernorts Entscheidungen getroffen werden, die diesem Ziel zuwider laufen. So ist es geschehen bei dem alles überschattenden Thema im ersten Halbjahr, dem Personalabbaukonzept. Hinter dieses wurde in der Mai-Tagung des Bezirksparlaments ein vorläufiger Schlusspunkt gesetzt. Die Bezirksverordneten von SPD, CDU und Bündnis90/Die Grünen machten den Weg für die Kürzung um rund 300 Stellen oder 15 Prozent in der Lichtenberger Verwaltung frei.

Die Auswirkungen werden die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Lichtenberger Verwaltung zu spüren bekommen, die schon jetzt an ihrer Kapazitätsgrenze arbeiten. Aber auch für die Bürgerinnen und Bürger des Bezirks wird es zu gravierenden Verschlechterungen kommen. Es ist absehbar, dass Grünflächen weniger gepflegt werden und Antragsteller länger auf ihre Bescheide warten müssen. Auch die Zukunft der Seniorenfreizeiteinrichtungen wird durch die geplante Übertragung unsicher.

Der Beschluss ist Resultat einer Erpressung durch den Senat und die SPD/CDU-Koalition im Land. Nur so könne der Bezirk frei über die Einstellung von Nachwuchskräften und Übernahme von Auszubildenden entscheiden. Dies ist jedoch nach unserer Auffassung eine Selbstverständlichkeit und seit Jahren eine Kernforderung der Linksfraktion. Da hilft es auch nicht, wenn SPD und CDU im Bezirk die Entscheidung zum Personalabbau bedauern. Dies bleibt unglaubwürdig, da ihre eigenen Lichtenberger Abgeordneten im Land den Personalabbau beschlossen haben.

Nun heißt es, in den kommenden Monaten mit dem Personalabbau umzugehen. Die Linksfraktion hat sich immer den Realitäten gestellt und wird auch dieses Mal Vorschläge unterbreiten, wie die schlimmsten Auswirkungen verhindert werden können.

Wenn beispielsweise die Übertragung der Seniorenfreizeit-Einrichtungen an Freie Träger beschlossene Sache ist, dann werden wir Kriterien zur Abstimmung stellen, wie diese Übertragungen auszusehen haben. So sollten die Besucherinnen und Besucher ein Vetorecht erhalten und selbst den Träger bestimmen dürfen. Auch werden wir nicht zulassen, dass Freie Träger zum Zuge kommen, die ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern keinen Tariflohn zahlen. Ähnliches gilt für die Pflege der Grünflächen, die künftig größtenteils durch Private erfolgen soll. Hierbei wird es auch wichtig sein, die Leistungen der Privaten zu kontrollieren.

Der Personalabbau war und bleibt falsch, doch ist die demokratische Entscheidung dafür zu akzeptieren. Aber diese falschen Entscheidungen müssen die DIE LINKE auf den Plan rufen. Gerade in diesen Situationen wollen wir nicht nur da sein, um den Finger in die Wunde zu legen, sondern wir wollen die Situation für alle so weit wie möglich verbessern.

Christian Petermann, Vorsitzender der BVV-Fraktion DIE LINKE, Lichtenberg

Rückkauf gelungen

„Das Wohnhaus in der Ruschestraße 2 ist schon seit Jahren ein echtes Sorgenkind im Bezirk. Es gehört zu den DDR-Wohnungsbeständen, die wegen des Altschuldenhilfegesetzes der Kohl-Regierung von 1993 privatisiert wurden“ – konnte man vor einem Jahr in der „info-links“ lesen. Eigentümer war die Palu Suisse AG, die im Sommer 2012 Insolvenz anmelden musste

Im Oktober 2012 hat die BVV auf Initiative der LINKEN beschlossen, den Rückkauf und die Sanierung des Hauses prüfen zu lassen. Jetzt hat die HOWOGE den Rückkauf verkündet.

Nach der dringend notwendigen Sanierung werden diese Wohnungen zur Entspannung der Wohnungssituation im Bezirk beitragen. DIE LINKE geht davon aus, dass Bezirksamt und HOWOGE gemeinsam darauf hinwirken, dass die Wohnungen zu günstigen Mieten angeboten werden.

Sebastian Schlüsselburg, stellvertretender Bezirksvorsitzender der LINKEN, Lichtenberg

Veranstaltungen

- **Mittwoch, 19.6., 18 Uhr***
Mieterberatung mit RA Birgit Stenzel und Dr. Lilo Bertermann
- **Mittwoch, 19.6., 18 Uhr***
Gründungsversammlung des Ortsverbandes Friedrichsfelde
- **Freitag, 21.6., 15 – 18 Uhr**
Sommerempfang der Lichtenberger LINKEN; Theater an der Parkaue
- **Sonntag, 23.6. 10 Uhr***
Lichtenberger Sonntagsgespräch: „Strategiedebatten der LINKEN“, mit Prof. Harry Nick
- **Freitag, 28.6., 18 Uhr**
„INRI. Die Schatulle von Thorsberg“, aus der Reihe „geDRUCKtes“, Gespräch mit Raju Sharma und Gesine Löttsch; Karl-Liebke-Haus, Kleine Alexanderstraße 28, Anmeldung erbeten unter 24 009 548, gedrucktes@die-linke.de
- **Sonntag, 14.7., 14 Uhr**
„Verbrannte Bücher, verfolgte Schriftsteller“, Friedhoffsspaziergang mit Prof. Jürgen Hofmann; Zentralfriedhof Friedrichsfelde

*Veranstaltungsort: * Alfred-Kowalke-Straße 14*

Verkürzte Öffnungszeiten

In der Zeit vom 24. Juni bis 12. Juli öffnet die Geschäftsstelle der LINKEN verkürzt (sowie nach Vereinbarung):

Montag, Mittwoch: 10 – 14 Uhr
Dienstag, Donnerstag: 13 – 17 Uhr
Freitag: 10 – 14 Uhr

Ferien in Petzow

Wie in den Vorjahren spendet die Bundestagsabgeordnete Gesine Löttsch auch in diesem Jahr wieder einen Teil ihrer Diäten, um Kindern die Teilnahme an einem Ferienlager zu ermöglichen. In Kooperation mit dem Verein „Kietz für Kids“ können Kinder von Eltern mit einem geringem Einkommen und ALG-II-Bezug (ein Nachweis ist erforderlich) in der Zeit vom **1. bis 9. Juli** nach Petzow bei Werder ins „Inselparadies“ fahren.

- **Anfragen und Anmeldungen:**
gesine.loettsch.ma02@bundestag.de, Telefon: 22 77 17 86, Ansprechpartner ist Norman Wolf.

Bei Kinderarmut hört der Spaß auf



Foto: Klaus Singer

Um den 1. Juni feierten wir mit vielen Lichtenberger Kindern ihren großen Tag, den Kindertag! Neben Riesenseifenblasen und Tretautoslalom konnten die Kleinen basteln und malen. Sie wurden zu Spiderman oder Prinzessinnen und spielten ausgelassen.

Wir stellten den Tag unter das Motto „Kinderrechte“, weil wir finden, dass Kindern die gleichen Rechte wie uns Erwachsenen zuteil werden sollten.

Alle Politiker sagen, dass Kinder unsere Zukunft seien. Doch wie sieht die Realität aus?

Die Kinderarmut ist in Berlin besonders hoch. Mehr als ein Drittel aller Kinder und Jugendlichen unter 18 Jahren wächst in einem Hartz-IV-Haushalt auf – das sind mehr als 170 000. Die ärmsten Bezirke sind Mitte, Neukölln, Friedrichshain-Kreuzberg und Marzahn-Hellersdorf. Lichtenberg liegt im „Mit-

telfeld“. Erwartungsgemäß ist die Kinderarmut im sozial stärksten Bezirk Steglitz-Zehlendorf am geringsten. Wenn die CDU trotz dieser Statistiken behauptet, dass es eigentlich keine Kinderarmut in Deutschland gebe, dann ist das eine Lüge.

Natürlich ist die hiesige Situation nicht mit der in Afrika zu vergleichen, doch Armut ist kein Zustand, sondern ein Verhältnis. Kinder, die arm sind, spüren, dass sie nicht die gleichen Chancen haben wie Kinder aus wohlhabenden Familien. Sie erleben es in der Schule, im Sportverein und auch an der Universität.

DIE LINKE will, dass alle Kinder frei von Armut und Ausgrenzung aufwachsen können. Das ist eine realistische Utopie! Geld für unsere Kinder ist genug da, es wird nur durch die Bundesregierung falsch verteilt. Die Rettung der Banken hat uns alle bisher über 335 Milliarden Euro gekostet. Das ist ein Skandal, wenn man sieht, dass Schulen in Lichtenberg nicht saniert werden, weil angeblich kein Geld da ist.

Über diese und andere Fragen, konnten am Kindertag viele Eltern auch mit der Bundestagsabgeordneten Gesine Lötzsch auf unseren Kinderfesten diskutieren, die alle ein voller Erfolg waren, an den wir nächstes Jahr wieder anknüpfen werden. Einen großen Dankeschön an alle Beteiligten.

Anja Paasch, Bezirksverordnete und Mitglied des Bezirksvorstandes

Bürgersprechstunden

- **Evrin Sommer**, Wahlkreis 1, ☎ 23 25 25 59, nach telefonischer Vereinbarung
- **Wolfgang Albers**, Wahlkreis 2, ☎ 23 25 25 51, nach telefonischer Vereinbarung
- **Marion Platta**, Wahlkreis 3, ☎ 23 25 25 50, nach telefonischer Vereinbarung
- **Sebastian Schlüsselburg**, Wahlkreis 4, ☎ 0157/83 55 81 39, nach telefonischer Vereinbarung
- **Katrin Lompscher**, Wahlkreis 5, ☎ 23 25 25 08, nach telefonischer Vereinbarung
- **Harald Wolf**, Wahlkreis 6, ☎ 23 25 25 07, Dienstag, 18.6., 16 Uhr, KULTschule, Sewanstraße 43

Wir kommen auch gern zu Versammlungen von Ortsverbänden, BO oder zu Kiezveranstaltungen. **Ladet uns ein!**



Foto: Klaus Singer

Damit der Satz „Die Kinder sind unsere Zukunft“ nicht zur Worthülse verkommt, muss Reichtum umverteilt werden. Es genügt nämlich nicht, wenn „unsere Zukunft“ nur in wohlhabenden Familien eine Chance auf Bildung und Teilhabe bekommt.

Beschaffungskriminalität



Bei Beschaffungskriminalität denkt man üblicherweise an Zuhälter und Drogendealer, nicht aber an die Bundeswehr und schon gar nicht an den Verteidigungsminister. Doch was wir jetzt mit der Drohne „Euro Hawk“ erleben, ist Beschaffungskriminalität im ganz großen Maßstab.

Über 500 Millionen Euro hat der Verteidigungsminister schon in den Sand gesetzt. Konsequenzen gibt es bisher für ihn nicht. Die Kanzlerin hat ihm ihr Vertrauen ausgesprochen. Das ist aber ein schlechtes Zeichen. Wir erinnern uns an den vorherigen Minister, der auch lange das Vertrauen der Kanzlerin genoss.

Die anderen Parteien spielen jetzt im Bundestag mit Verteidigungsminister Thomas de Maizière das beliebte Spiel: Wann hat der Minister was gewusst? Dieses Spiel führt in die Irre. Denn alle haben Bescheid gewusst. SPD und Grüne haben sogar den Auftrag für den Bau der Drohne gegeben.

Tausende Opfer

„Unmanned Combat Aerial Vehicles“ (UCAV) sind fliegende Mordmaschinen. Sie wurden und werden im sogenannten Anti-Terrorkampf der USA eingesetzt, um Menschen gezielt zu töten. Das hat mit Recht und Gesetz nicht viel zu tun.

Wir lehnen Drohnen nicht nur ab, weil sie viel Geld kosten, wir lehnen sie ab, weil sie unseren Vorstellungen von einem Rechtsstaat widersprechen.

Warum stellt sich die Bundesregierung nicht die Frage, ob wir überhaupt Waffen im Anti-Terror-Kampf brauchen. Dieser Kampf

Frieden war und ist eines der zentralen Themen der LINKEN. Gesine Lötzsch auf der Afghanistan-Demo, Bonn, November 2011.

ist doch offensichtlich gescheitert und hat tausende Zivilisten das Leben gekostet.

Aber zurück zum Geld der Steuerzahler. Die Beschaffung von Waffensystemen ist nicht gerade eine Stärke der Bundeswehr. Es gibt kaum ein Rüstungsprojekt, das nicht finanziell aus dem Ruder gelaufen ist. Ich erinnere nur an den Eurofighter.

Nun kann man sich fragen, ob die Generale der Bundeswehr einfach nicht in der Lage sind, Rüstungsprojekte ordentlich zu planen und umzusetzen oder ob es andere Gründe gibt. Es muss andere Gründe geben. Soviel Dummheit traue ich der Bundeswehr nicht zu.

Es geht um Profit

Es geht offensichtlich nicht um die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger, es geht um die Beschaffung von Aufträgen für die Rüstungsindustrie. Um dieses Kartell aus Politik, Bundeswehr und Rüstungsindustrie nicht zu stören, werden den Abgeordneten und dem Bundesrechnungshof ständig Informationen vorenthalten. DIE LINKE will dieses Steuergelder verschlingende Kartell lieber heute als morgen auflösen. Diese staatlich geförderte Beschaffungskriminalität muss endlich aufgeklärt und abgeschafft werden. Klar aber ist schon heute, Verteidigungsminister Thomas de Maizière wird als einer der eifrigsten Lobbyisten der Rüstungsindustrie in die Geschichte eingehen. *Gesine Lötzsch*

Zahl des Monats: 9

160 Länder haben mittlerweile die UNO-Antikorruptionskonvention vom 31. Oktober 2003 ratifiziert – lediglich **neun** Länder immer noch nicht. Dazu zählen unter anderem der Sudan, Syrien und Deutschland. Der Vertrag verpflichtet die Unterzeichner, gegen korrupte Amtsträger vorzugehen und dabei international zusammenzuarbeiten.

Als Grund für die Nicht-Ratifizierung in Deutschland wird von Regierungspolitikern der im deutschen Strafrecht unzureichend geregelte Straftatbestand der Abgeordnetenbestechung (§ 108e StGB) angegeben. Ohne eine Änderung der Regelung könne Deutschland die UNCAC nicht ratifizieren.

DIE LINKE setzt sich seit Jahren für die Verschärfung des Straftatbestandes der Abgeordnetenbestechung ein. So hat sie im Jahr 2010 – wie auch in der Legislaturperiode zuvor – einen Gesetzentwurf in den Bundestag eingebracht, der eine Reform des § 108e StGB fordert. Zukünftig sollen „alle Handlungen und Unterlassungen, die im Zusammenhang mit der Wahrnehmung des Mandats erfolgen, vom Tatbestand erfasst und auch Drittzuwendungen einbezogen werden. ... Materielle und immaterielle Vorteile werden von dem Tatbestand genauso umfasst wie Vorteile, die nach der Handlung gewährt oder angenommen werden.“

In der ersten Lesung lehnte die CDU diesen Antrag ab – es gebe gar keinen Regelungsbedarf, da die Abgeordneten ja ohnehin vielfach kontrolliert werden durch die Öffentlichkeit, das Parlament und die Medien. Unfassbar! Im Übrigen gilt nach derzeitiger Rechtslage in Deutschland, dass die Bestechung ausländischer Abgeordneter in weiterem Umfang strafbar ist, nicht aber diejenige von inländischen Mandatsträgern. Ein unhaltbarer Zustand! *Tinko Hempel*

Kontakt

Die Lichtenberger Bundestagsabgeordnete **Dr. Gesine Lötzsch** ist erreichbar über das

- Bürgerbüro, Ahrenshooper Straße 5, 13051 Berlin, ☎ 99 27 07 25, oder im Bundestag, ☎ 22 77 17 87; E-Mail: gesine.loetzsch@wk.bundestag.de
- **Sprechstunde:** 24.6., 17 Uhr, Bürgerbüro, Ahrenshooper Straße 5

Ladet sie in Basis- und Bürgerveranstaltungen ein!



Den Opfern eine Stimme

Ende April wurde im Beisein Überlebender, des Ministerpräsidenten von Brandenburg, mehrerer Minister der LINKEN sowie vieler Gäste die neue Ausstellung zur Geschichte und Nachgeschichte des Konzentrationslagers Ravensbrück eröffnet.

Ravensbrück war seit 1939 das zentrale Frauen-Konzentrationslager in Nazi-Deutschland, ein Ort des tausendfachen Mordens, der Folter, der Menschenversuche und unmenschlicher Zwangsarbeit. Mehr als 32 000 Frauen und Kinder, 20 000 Männer und 1 000 weibliche Jugendliche waren Häftlinge des ständig wachsenden Lagerkomplexes. Zigttausende von ihnen überlebten das Lager nicht. Am 30. April 1945 befreite die Rote Armee das KZ und die dort 2 000 zurückgelassenen, meist sterbenden Kranken.

Nach dem Krieg nutzte die Rote Armee das Areal. Das Häftlingslager wurde zur Kaserne umfunktioniert. Erst 1959 wurde Ravensbrück zu einer der drei „Nationalen Mahn- und Gedenkstätten“ der DDR, doch nur ein kleiner Bereich außerhalb der vier Meter hohen Mauer um das Lager, das nun Militärgelände war. Erst 1994, als die GUS-Streitkräfte das Areal aufgaben, konnten die Überlebenden den Ort des Terrors wieder be-

treten. Seither wurde die Gedenkstätte systematisch ausgebaut, doch immer noch gibt es Bereiche des ehemaligen Konzentrationslagers, die zerfallen – wie die Siedlung der SS-Unterführer oder die „Beutebaracken“, in denen die SS die Sachen der ermordeten Menschen sammelte.

Nun wird in der ehemaligen „Kommandantur“ auf zwei Etagen erstmals ein umfassender Einblick in die Geschichte des Frauen-KZ, des angegliederten Männerlagers, des „Jugendschutzlagers Uckermark“ und der zahlreichen Außenlager gegeben. Dabei kommen zuerst die Überlebenden zu Wort und erzählen vom Leben und Sterben in Ravensbrück. Oft werden ihre Biografien zum ersten Mal geschildert oder ihre kleinen, im Lager angefertigten Kunstwerke der Weltöffentlichkeit gezeigt. Es ist eine komplexe Ausstellung, die einen Einblick in die Geschichte des Lagers gibt und in ihrer Art für die Erinnerungskultur dieses Landes wegweisend ist.

„Viele Einzelschicksale und Zeitzeugen-Interviews bringen den Besuchern die Geschichte von Ravensbrück nahe“, formuliert dies die Leiterin der Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück, Dr. Insa Eschebach. Und somit wird das Gebäude, in dem die Täter an ihren Schreibtischen über das Leben der Frauen, Kinder und Männer entschieden, zurück in die Hände der Opfer gegeben.

Robert Sommer

Kultur im Bezirk

- **Sonnabend, 15.6., 20 Uhr**
„Balsam für die Ohren ...“, Sarah-Elgeti-Quintet aus Dänemark; Jazz-Treff Karlshorst im Kulturhaus, Treskowallee 112, Vorbestellung: 567 68 92, Eintritt: 9 €, www.jazztreff.de
- **Sonntag, 16.6., 16 Uhr**
„Die Schildkröte hat Geburtstag“, für Kinder ab 4 Jahre; Das Weite Theater, Parkaue 23, weitere Termine unter: www.das-weite-theater.de
- **Dienstag, 18.6., 19 Uhr**
Erich-Kästner-Abend im Zimmertheater; Kulturhaus Karlshorst, Treskowallee 112, www.zimmertheater-kultschule.de, Eintritt: 6/3 €
- **Mittwoch, 19.6., 19 Uhr**
Ausstellungseröffnung: „Der Zeichner als Ortschronist“, zum 80. Geburtstag von Wolfgang A. E. Neumann; Museum Lichtenberg im Stadthaus, Türschmidtstraße 24, noch bis 21.7.
- **Mittwoch, 19.6., 19.30 Uhr**
„Solange man singt – Lieder nach Jaromir Nahovica“, mit dem Liedermacher Frank Viehweg; galerie ratskeller, Möllendorffstraße 6, Eintritt: 4/2 Euro
- **Donnerstag, 20.6., 10 Uhr**
„Das Rotkäppchen“ als Lichtspiel; Theater an der Parkaue, www.parkau.de
- **Freitag, 21.6./Sonnabend, 22.6., jeweils 15 – 21 Uhr**
Symposion zur Themenreihe „Hauptsache Grau“, Grau als Farbe der Moderne in Kunst, Architektur, Design; Mies-van-der-Rohe-Haus, Oberseestraße 60
- **Wochenende, 21.–23.6., 20 Uhr**
„ARTEFAKTE 8“, Tanztheater und zeitgenössischer Tanz; Max-Taut-Schule, Fischerstraße, www.flatback-and-cry.de, Eintritt: 12/9 €
- **Sonntag, 23.6., 15 Uhr**
Modenschau: „Historische Mode der Jahrhunderte“; Schloss Friedrichsfelde, Tierpark, Eintritt: 19 €
- **Mittwoch, 26.6., 19 Uhr**
„Auf nach Rummelsburg zum Bellevue“, ein historischer Rückblick von Christine Steer; Museum Lichtenberg im Stadthaus, Türschmidtstraße 24
- **Donnerstag, 27.6., 19 Uhr**
Der verflimmerte Donnerstag: „Denk bloß nicht, ich heule“, DEFA 1964/65, Filmvortrag von Irina Vogt; Studiobühne im Kulturhaus Karlshorst, Treskowallee 112, Eintritt: 3 €

14.–16. Juni 2013

digibet-Pferdesportpark Karlshorst, Treskowallee 129

Deutsch-Russische Festtage

Mit dabei sind die Folk-Rock-Gruppen „Kalinov Most“ und „Melnitsa“ aus Russland sowie die Gruppe „Karat“ aus Deutschland. Auf dem Programm stehen außerdem Theater, Freiluftkino, ein Jugendfestival, ein Deutsch-Russischer Renntag u. v. a. m.

Ausführliche Informationen unter: www.drf-berlin.de



info links

Herausgeber

DIE LINKE – Landesvorstand Berlin
Redaktionskollektiv, V.i.S.d.P. Kathrin Gerlof

Adresse der Redaktion

Geschäftsstelle der Partei DIE LINKE
Alfred-Kowalke-Straße 14, 10315 Berlin

Telefon: (030) 512 20 47

Fax: (030) 51 65 92 42

E-Mail: lichtenberg@die-linke-berlin.de

Web: www.die-linke-lichtenberg.de

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Manuskripte sinnwährend zu kürzen. Namentlich unterzeichnete Beiträge entsprechen nicht in jedem Fall der Meinung der Redaktion. Keine Haftung oder Abdruckgarantie für unverlangt eingesandte Beiträge.

Redaktionsschluss für Ausgabe 5/13: 7.6.2013

Die nächste Ausgabe erscheint am 8.8.2013

Abgabeschluss für Texte und Fotos: 26.7.2013

Druck: Druckerei Bunter Hund

Gestaltung: Jörg Rückmann

Diese Zeitung wird durch Spenden finanziert.